

Milleniums-Entwicklungsziele

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Aufregung unter den Frauen in Bhola-Sadar im Süden Bangladeschs: Sie beschwerten sich über die schlechte Gesundheitsversorgung in ihrem Dorf. Einmal pro Woche, so sagen sie, sollte ein Arzt die hiesige Krankenstation aufsuchen und die Armen behandeln. Meistens kommt der Arzt gar nicht. Wenn er kommt, setzt er lediglich seine Unterschrift unter ein Stück Papier, um zu beweisen, dass er seine Aufgabe erfüllt hat. Dann verschwindet er wieder. Behandlungen finden nicht statt. Seine Zeit ist zu wertvoll, um sie mit Armen zu verbringen. In der Stadt gibt es zahlungskräftigere Patienten. Der Bürgermeister der Gemeinde ist ebenfalls in der Dorfversammlung zugegen. Ungeheuerlich sei das, was er da zu Gehör bekäme. Er wisse gar nicht, dass der Arzt aus der Stadt seine Pflichten vernachlässige. Wirklich? Es ist unwahrscheinlich, dass ihm diese Vorgänge entgangen sind. Doch er muss sein Gesicht wahren. Er verspricht, dass er sich umgehend kümmern werde...

Gleich, ob es um Zugang zu Gesundheit, Bildung oder zu Lebensmittelkarten geht: Aus jedem der 87.000 Dörfer Bangladeschs können Ihnen die Menschen jeden Tag solche Vorfälle berichten.

Im Jahr 2000 haben die Vereinten Nationen die Millenniums-Entwicklungsziele verabschiedet: Bangladesch war mit dabei und hat sich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 die Armut spürbar zu reduzieren. Wo steht Bangladesch heute, fünf Jahre nach dem Treffen der Regierungs-Chefs? Welche Erfolge sind sichtbar? Kann Bangladesch die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 erreichen? Diesen Fragen geht die vorliegende NETZ-Ausgabe nach. Dabei konzentrieren wir uns auf die Millenniums-Entwicklungsziele 1 bis 5. Sie sind für Bangladesch besonders bedeutsam. Wir untersuchen dies beispielhaft anhand des Distrikts Bhola, der im Golf von Bengalen liegt, und des Distrikts Netrakona im zentralen Norden des Landes. Denn vor Ort, bei den betroffenen Menschen, wird am stärksten offensichtlich, welche Probleme zur Erreichung der Ziele aus dem Weg geräumt werden müssen.

Vor allem muss der politische Wille vorhanden sein, die Armut zu reduzieren. Dazu bedarf es einer Politik, die die Rechte der Armen schützt. Sie dürfen nicht Opfer von Strukturen werden, die sie immer weiter an den Rand der Gesellschaft drängen. Nur so können die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden.

Auch die deutsche Bundesregierung steht in der Verantwortung. Aufbauend auf den Millenniums-Entwicklungszielen hat sie das Aktionsprogramm 2015 ins Leben gerufen. Das Aktionsprogramm betont unter anderem die Erhöhung der Teilhabe der Armen am wirtschaftlichen Wachstum als Ansatzpunkt zur Halbierung extremer Armut. Aus dieser Richtung müsste mehr kommen.

Armutsbekämpfung ist eine internationale Gemeinschaftsaufgabe. Möglichst viele Menschen in Bangladesch und in Deutschland müssen sich bewusst werden, dass die Millenniums-Entwicklungsziele eine einmalige Chance bieten, Armut spürbar zu reduzieren. Diese Möglichkeit darf nicht verpuffen.

Um die 2015-Ziele zu erreichen, bleiben noch zehn Jahre. Jetzt aber los!

Mit freundlichen Grüßen Dirk Saam

Die Entwicklungsziele

1. Überwindung von Hunger und Armut

Der Anteil der Menschen, die weniger als einen US-Dollar am Tag zur Verfügung haben und Hunger leiden, wird bis 2015 halbiert.

2. Grundbildung für alle

Bis zum Jahr 2015 werden alle Jungen und Mädchen bis zum 14. Lebensjahr eine Grundbildung erhalten.

3. Gleichberechtigung

Im Jahr 2015 werden gleich viele Mädchen die Schule besuchen wie Jungen. Frauen nehmen stärker an politischen Entscheidungsprozessen teil.

4. Eindämmung der Kindersterblichkeit

Die Anzahl der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag sterben, wird bis 2015 um zwei Drittel vermindert.

5. Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Bis 2015 wird die Müttersterblichkeit um 75 Prozent reduziert.

6. Bekämpfung von Krankheiten

Ab 2015 werden sich AIDS/HIV und andere schwere Krankheiten nicht weiter verbreiten; die Anzahl der Infizierten wird abnehmen.

7. Ökologische Nachhaltigkeit

Politik muss ökologisch nachhaltig sein und darf nicht auf Kosten der Umwelt durchgeführt werden. Bis zum Jahr 2015 wird der Anteil der Menschen halbiert, die kein sauberes Trinkwasser haben.

8. Globale Partnerschaft für Entwicklung

Die internationale Handels- und Finanzpolitik darf die Entwicklungsländer nicht diskriminiert und muss auf die Bedürfnisse der ärmsten Länder zugeschnitten sein.

(Die Werte des Jahres 1990 gelten als Vergleichszahlen.)

Millenniums-Entwicklungsziele – Wie? Wo? Was? Warum?

Von Dirk Saam

Bangladesch gehört noch immer zu den am wenigsten entwickelten Ländern. Die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Ungefähr 65 Millionen Menschen können ihre grundlegenden täglichen Bedürfnisse nicht befriedigen. Gegenwärtig sind in Bangladesch noch immer 44 Millionen Menschen unterernährt. Etwa 70 Prozent der Bevölkerung Bangladeschs liegen unter dem empfohlenen Kalorienverbrauch von 2.100 Kilokalorien pro Tag.

Die Entwicklungspolitik der Regierung Bangladeschs war in der Vergangenheit in erster Linie Wirtschaftspolitik. Die Zusammenarbeit mit multilateralen Gebern sollte einen makroökonomischen Rahmen schaffen, der wirtschaftliches Wachstum ermöglicht. Hierzu zählten stabilitätsorientierte Geldpolitik, Verminderung der Staatsverschuldung und Handelsliberalisierung. Dieses Wachstum sollte zu den ärmsten Bevölkerungsschichten durchsickern und allgemeinen Wohlstand erzeugen. Diese als Strukturanpassungspolitik bekannt gewordene Strategie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds hatte in Bangladesch, wie in vielen anderen Ländern der Welt, nicht den erwünschten Erfolg. Ende der 1990er Jahre kam es zu einer Neuorientierung. Den makroökonomischen Aspekten wurden gleichberechtigt die politischen, institutionellen, sozialen, ökologischen und kulturellen Gesichtspunkte zur Seite gestellt. Außerdem sollten auch die ärmeren Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsprozess einbezogen werden. Dem makroökonomischen Rahmen wird auch weiterhin große Bedeutung beigemessen, jedoch verschiebt sich der Blickwinkel: er ist nunmehr Grundlage und nicht mehr Ziel der Entwicklungszusammenarbeit.

Aufgrund der Misserfolge in der Armutsbekämpfung in den 1990er Jahren fasste die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2000 („Millenniumsgipfel“) den Beschluss, bis zum Jahr 2015 klar definierte Entwicklungsziele zu verfolgen. Sowohl die Vergabe günstiger Kredite der multilateralen Geber wie die nationalen Bemühungen der jeweiligen Regierungen der Entwicklungsländer müssen sich an diesen Zielen orientieren. Alle Entwicklungsländer, die die Millenniumsziele als Zielvorgabe akzeptiert haben, tragen durch ihre jeweiligen nationalen Bemühungen dazu bei, dass diese Ziele auch weltweit erreicht werden. Die Halbierung extremer Armut bis 2015 und Grundbildung für alle im Jahre 2015 sind zwei dieser Ziele. Vergleichspunkt sind die Werte des Jahres 1990.

Die staatlichen Programme zur Erreichung der Millenniumsziele in Bangladesch sind ein Schritt in die richtige Richtung. Zum Beispiel wird Land zugunsten der Armen umverteilt, um Einkommensarmut zu vermindern. Um Hunger leidenden Menschen zu helfen, werden Lebensmittelkarten verteilt und Kinder und Mütter lernen richtige Ernährung. Schulstipendien werden vergeben, um die Anzahl der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Auf lokaler Ebene wurde die Direktwahl von Gemeindevertreterinnen eingeführt, um politisches Mitspracherecht für Frauen zu garantieren. Gesundheits- und Bevölkerungsprogramme konzentrieren sich auf die Verringerung der Kinder- und Müttersterblichkeit.

Die Millenniumsziele sollen als ein zusammenhängendes Ganzes angesehen werden. Das bedeutet, dass die Erfüllung eines Ziels nicht auf Kosten eines anderen erreicht werden darf.

Die Entwicklungsziele und deren Indikatoren in Bangladesch

Indikator	Basis-Jahr 1990	Situation im Jahr 2000	Ziel im Jahr 2015
Bevölkerung (bei durchschnittlicher Wachstumsrate von 1,6% jährlich)	112 Millionen	130 Millionen	159 Millionen
Ziel 1: Überwindung von Hunger und Armut			
Anzahl der Menschen, die von weniger als 1 US-\$ leben müssen	66 Millionen	63,7 Millionen	47 Millionen
Anteil der Menschen, die von weniger als 1 US-\$ leben müssen	59%	49%	29,5%
Anzahl der unterernährten Menschen	39 Millionen	44 Millionen	7,8 Millionen ¹
Anteil der unterernährten Menschen an der Gesamtbevölkerung	35 %	35%	17,5%
Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die untergewichtig sind	67%	51%	33,5%
Ziel 2: Grundbildung für alle			
Anteil der Kinder, die in eine Grundschule eingeschult werden	71%	87%	100%
Anteil der eingeschulten Kinder, die die Grundschule beenden	43%	60%	100%
Ziel 3: Gleichberechtigung			
Anzahl der Mädchen in Grundschulen (Klassen 1-5) im Verhältnis zur Anzahl der Jungen	0,81 : 1	0,91 : 1	1 : 1
Anzahl der Mädchen in weiterführenden Schulen (Klassen 6-9) im Verhältnis zur Zahl der Jungen	0,49 : 1	1 : 1	1 : 1
Anzahl der weiblichen Parlamentsabgeordneten	34 von 330	30 von 330	---
Ziel 4: Eindämmung der Kindersterblichkeit			
Anzahl der Säuglinge, die im ersten Lebensjahr sterben	94 von 1.000	68 von 1.000	32 von 1.000
Anzahl der Kinder, die vor dem 5. Geburtstag sterben	108 von 1.000	83 von 1.000	36 von 1.000
Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern			
Anzahl der Frauen, die infolge von Schwangerschaft oder Geburt sterben	480 von 100.000	370 von 100.000	120 von 100.000
Anteil der Geburten mit professioneller Geburtshilfe	----	13%	----

Im Blickpunkt: Der Distrikt Bhola

Überschwemmungen haben unmittelbar sichtbare Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der bangladeschischen Bevölkerung. Da die Medien über diese Katastrophen ausführlich berichten, ist die Soforthilfe unter den internationalen Gebern weit verbreitet. Prozesse, die langfristig und schleichend die Lebensbedingungen der Bevölkerung beeinflussen und die Armutssituation verschärfen, werden von den Medien kaum wahrgenommen und haben dementsprechend eine schwächere Lobby. Dazu gehört die im Distrikt Bhola weit verbreitete Zerstörung von landwirtschaftlich nutzbarem Land in den Küstenregionen und auf den Schwemmland-Inseln. Steigende Wasserpegel des mächtigen Meghna-Flusses führen vor allem während der Regenzeit dazu, dass sich Wasser in das Land frisst, dieses erodiert und den Menschen ihren Lebensraum nimmt. Der Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Böden, welches zur Besiedlung für die ärmsten Bevölkerungsschichten dient, führt in Verbindung mit dem Pachtsystem zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Die Armutssituation der Menschen in Bhola verschärft sich.

Der Distrikt Bhola ist eine Insel, die im Mündungsgebiet des Meghna-Flusses liegt. Bhola wird vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen als ein Distrikt ausgewiesen, in dem die Ernährungssituation besonders schlecht ist. Über 75 Prozent der unter 5-jährigen Kinder sind im Wachstum gestört und untergewichtig. Außerdem leben in Bhola etwa 55 Prozent der Bevölkerung von weniger als einem US-Dollar am Tag. Insbesondere auf den abgelegenen Schwemmlandinseln ist die extreme Armut weit verbreitet.

In Bhola leben 90 Prozent der Menschen von dem Ertrag fruchtbarer und landwirtschaftlich nutzbarer Böden. Wald ist die wirksamste Vegetationsform zur Verhinderung von Erosion, da die Wurzeln der Bäume dem Boden Halt geben. Außerdem vermindern die Bäume bei Wirbelstürmen die Windgeschwindigkeit am Boden, so dass weniger Bodenmasse abgetragen wird. Durch eine weitgehende Rodung der Waldgebiete Bholas ist dieser Schutz jedoch verlorengegangen. Lediglich fünf Prozent der Küstenregion kann heute als Waldgebiet bezeichnet werden.

Auf der Hauptinsel Bhola erstrecken sich Deiche über eine Distanz von 250 km. Etwa 3,5 Millionen Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, besiedeln die Deiche in ganz Bangladesch. Ungefähr 10.000 Familien (das entspricht etwa 70.000 Menschen) leben auf und vor den Deichen in Bhola. Diese Menschen sehen sich ständig mit der Gefahr konfrontiert, dass ihr Land erodiert. Die meisten Menschen, die auf den Deichen leben, sind Landlose, die bereits mehrere Male umziehen mussten, weil ihr gesamtes Hab und Gut und vor allem ihr Land erodiert ist. Die Besiedelung der Deiche ist eigentlich gesetzeswidrig, da es sich hierbei um regierungseigenes Land handelt. Häufig werden die Menschen von diesem Land wieder vertrieben.

Auf den im Golf von Bengalen gelegenen Schwemmlandinseln gehören Begriffe wie öffentliche Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit nicht zum Vokabular der lokalen Elite. Die Landbesitzer sind die einflussreichste Gruppe, obwohl sie die Inseln selbst gar nicht bewohnen. Durch Mittelsmänner kontrollieren sie die Inseln als Landeigentümer, Geldverleiher und Bootseigentümer. Die Ablegenheit der Inseln im Mündungsgebiet erleichtert es ihnen, die Menschen und das Land zu kontrollieren.

Im Distrikt Bhola sind 15 Prozent der Bevölkerung landlos. 49 Prozent sind Kleinbauern, die ständig befürchten müssen, ihr Land zu verlieren. Weitere 29 Prozent sind Landwirte mit

mittelgroßem Landbesitz, und lediglich 7 Prozent der Bauern können als reich betrachtet werden.

Im Blickpunkt: Der Distrikt Netrakona

Der Distrikt Netrakona gehört zu den Landkreisen, in denen das durchschnittliche Einkommen der Menschen besonders niedrig ist. Auch dies geht aus der vom Welternährungsprogramm erstellten Armutskarte hervor. Der Distrikt liegt in einer Tiefebene. Während der Regenzeit stehen die Ebenen unter Wasser. Ausgiebige Regenfälle im Himalaja führen dazu, dass sie jährlich vier bis sechs Monate überschwemmt sind. Die wirtschaftliche Situation steht in einem engen Zusammenhang mit den klimatischen Bedingungen. Die Überschwemmungen sind erwünscht, weil sie den Boden auf natürliche Art und Weise bewässern und zu einer nachhaltigen Fruchtbarkeit der Böden beitragen. Jedoch hängt dies immer vom Ausmaß der Überschwemmungen ab. Heftige Überflutungen wie im Juli und August 2004 zerstörten einen großen Teil der Ernte, ebenso die Hütten der armen Bevölkerung. Für viele Menschen sind diese übermäßigen Überflutungen immer wieder ein Rückschlag in ihrem Entwicklungsprozess. In der Trockenzeit wiederum sinkt der Grundwasserspiegel so drastisch ab, dass Wasser zur Bewässerung der Felder knapp wird.

Annähernd 85 Prozent der Menschen in Netrakona leben von der Landwirtschaft. Viele Kleinbauern besitzen lediglich kleine Flächen an kultivierbarem Land. Für sie lohnt es sich nicht, Reis anzubauen, steht doch der Aufwand in keinem Verhältnis zum Ertrag. Daher ist der Anbau verschiedener Gemüsesorten in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Für viele Menschen ist eine einzige Einkommensquelle nicht ausreichend, um die Familien zu ernähren. Der Fischfang ist eine wichtige Ergänzung. Auch die Heranwachsenden müssen schon früh einen Beitrag zum Familieneinkommen leisten. Etwa 80 Prozent aller Jugendlichen arbeiten als Tagelöhner und Haushaltshilfen. Tätigkeiten in Ziegeleien, in der Zigarettenproduktion, als Rikscha-Fahrer oder Haushaltshilfe haben in letzter Zeit zugenommen.

Für viele Kleinbauern bleibt häufig nur die Möglichkeit, als Pächter die Felder der Landbesitzer zu bestellen, um ausreichend Einkommen für ihre Familien zu verdienen. Insbesondere beim Anbau von Reis ist in Netrakona die 50:50-Vereinbarung weit verbreitet. Hierbei vereinbaren Pächter und Landbesitzer mündlich, dass sie die Kosten für Saatgut und Dünger zu gleichen Teilen tragen und den späteren Ertrag der Ernte ebenfalls teilen. Der Pächter leistet jedoch die ganze Arbeit und muss häufig sogar Tagelöhner anheuern. Auch sind die Landbesitzer nur in bestimmten Jahreszeiten mit der 50:50-Vereinbarung einverstanden. In der kostenintensiven Boro-Saison verlangen sie einen festen Betrag, der gewöhnlich deutlich höher als der Ertragsanteil des Pächters liegt.

Die schlechten hygienischen Bedingungen in Netrakona haben vor allem für die Kinder verheerende Konsequenzen. Durch verschmutztes Wasser übertragene Krankheiten wie Durchfall, Hepatitis, Ruhr und Lungenentzündung sind unter Kindern weit verbreitet. Viele Kinder leiden unter Wurmbefall und Unterernährung. Etwa 140 von 1000 Kindern sterben vor ihrem fünften Geburtstag. Etwa 5 von 1000 Müttern sterben während oder nach der Geburt. Zudem weist Netrakona die höchste Tuberkulose-Rate Bangladeschs auf.

Weit verbreitete Armut in Netrakona führt zu Kinderarbeit und der Verheiratung von jungen Mädchen. Den Mädchen wird somit jegliche Möglichkeit einer Ausbildung genommen. Lediglich 34 Prozent der Jugendlichen Netrakonas haben eine Grund- oder Koranschule besucht. Eine Koranschule ist eine meist einer Moschee angegliederte Schule, in der der Koran und das islamische Recht gelehrt wird.

Netrakona und Bhola im landesweiten Vergleich (2000)			
Indikator	Bangladesch	Bhola	Netrakona
Anteil der Menschen, die von weniger als 1 US-\$ am Tag leben	49%	55%	55%
Anteil der unterernährten Menschen	35%	41%	38%
Kinder über 7 Jahren, die lesen und schreiben können	45%	33%	39%
Männliche Bevölkerung über 7 Jahren, die lesen und schreiben kann	49%	40%	42%
Weibliche Bevölkerung über 7 Jahren, die lesen und schreiben kann	40%	26%	38%
Anteil der Schüler, die die Grundschule abbrechen	40%	39%	34%
Anzahl der Säuglinge, die im ersten Lebensjahr sterben	68 von 1.000	75 von 1.000	85 von 1.000
Anteil der Kinder, die vor dem 5. Geburtstag sterben	83 von 1.000	108 von 1.000	140 von 1.000
Müttersterblichkeit (bezogen auf Lebendgeburten)	370 von 100.000	400 von 100.000	500 von 100.000

Die Millenniumsentwicklungsziele – von der Idee zur Umsetzung

Ziel 1 Überwindung von Hunger und Armut

Der Anteil der Menschen, die weniger als einen US-Dollar am Tag zur Verfügung haben und Hunger leiden, wird bis 2015 halbiert.

Land in Sicht?

Das Einkommen vieler Menschen in Bangladesch ist so gering, weil sie kein landwirtschaftlich nutzbares Land haben. Die staatliche Wasserbaubehörde (Bangladesh Water Development Board) hat es sich in den vergangenen Jahren in Bhola zur Aufgabe gemacht, ungenutztes Land an die Landlosen zu verteilen. Dies geschah jedoch bisher nur sehr zögerlich. Durch die Zahlung von Bestechungsgeldern ist es gang und gäbe, dass lokale Politiker oder sonstige einflussreiche lokale Persönlichkeiten dieses staatliche Land als ihr

eigenes ansehen. Sie haben keine Eigentumsrechte. Durch die Zahlung von Geldern unter der Hand duldet es jedoch die Behörde, dass sie dieses Land nutzen oder es aus Gründen des Prestiges einfach nur „haben“. Dadurch nehmen sie den Landlosen, die eigentlich Anspruch darauf hätten, den Zugang zu diesem Land. An kultivierbarem Land mangelt es nicht. Jedoch ist das Land ungerecht verteilt: Wenige besitzen viel, und viele Menschen besitzen wenig Land.

Ist landwirtschaftlich nutzbarer Boden erodiert, müssen die Familien so schnell wie möglich alternativ nutzbare und bewohnbare Flächen finden. Während dieser Zeit sehen sie sich mit Einkommensausfällen konfrontiert und müssen Kosten für Transporte oder ähnliches tragen. Es ist kaum möglich, Land zu finden, das auf legale Weise besiedelt werden kann. Landwirtschaftlich nutzbare Flächen befinden sich zumeist in der Hand der Regierung oder von Grundherren. Ohne eine Genehmigung dürfen die Landlosen das staatseigene Land nicht besiedeln. Besiedeln und kultivieren die Menschen das Land der Grundherren, müssen sie hierfür eine hohe Pacht zahlen oder einen großen Anteil ihres Ertrags abgeben. Die Menschen müssen auch dann die Pacht zahlen, wenn die Ernte aufgrund von Überschwemmungen oder Stürmen ausfällt. Ihren Ausgaben stehen dann keine Einnahmen gegenüber.

Um die Menschen vor Erosion zu schützen, entschloss sich die Regierung Bangladeschs, die Küstenregionen in Bhola teilweise durch den Bau von Deichen zu schützen. Die Deiche sind Eigentum des Staates. Menschen, deren Land in Bhola oder in Nachbardistrikten erodiert ist, begannen, die Abhänge der Deiche auf der Fluss-Seite – ohne Genehmigung der Regierung – zu besiedeln und das neugewonnene Land vor den Deichen zu kultivieren. Eine andere Alternative bot sich ihnen nicht. Von diesem Land wurden sie jedoch immer wieder vertrieben, da lokale Eliten nach der Zahlung von Bestechungsgeld Ansprüche darauf geltend machten. Das Land hinter den schützenden Deichen können die Armen lediglich gegen die Zahlung einer Pacht besiedeln, gehört es doch den Großbauern. Viele der Armen können sich dies nicht leisten.

Die örtliche Entwicklungsorganisationen COAST führt in den Küstengebieten seit einigen Jahren Programme für Landlose durch. COAST möchte Familien, deren eigenes Land erodiert ist und die nun ohne Genehmigung ungenutztes Staatsland auf den Deichen besiedeln, zu einem legalen Status verhelfen. Auf einer 11 km langen Deichstrecke an der südlichsten Spitze der Hauptinsel Bholas hat COAST 480 Familien in 19 Selbsthilfe-Gruppen mit durchschnittlich 25 Mitgliedern organisiert. Eine gewählte Vorsitzende vertritt die Gruppen bei Gerichtsverhandlungen um Land- und Eigentumsrechte. Die Regierung hatte sich eigentlich dazu verpflichtet, Land an die Landlosen zu verteilen. Sie kam dieser Verpflichtung jedoch nur zögerlich nach. Sie reagierte erst auf Druck von COAST und verpflichtete sich, das Land auf und vor den Deichen für jeweils ein Jahr an die landlosen Deichbewohner zu verleihen. Diese sollen sich im Gegenzug für die Instandhaltung der Deiche verantwortlich zeigen. Nach jeweils einem Jahr wird geprüft, ob die Instandhaltung angemessen vorgenommen wurde mit der Möglichkeit, das Land für ein weiteres Jahr zu verleihen.

Endlich eine sichere Einkommensquelle?

Shomorthu Banu ist die Vorsitzende von 19 Frauengruppen des Kreises Manika, der an der Südspitze der Hauptinsel Bhola liegt. Sie reist des Öfteren in die Hauptstadt des Landkreises Charfession, um die Frauen bei Fragen um Landrechte zu vertreten. Ist sie zufrieden mit der Lösung, das Land für jeweils ein Jahr besiedeln zu dürfen? Endlich ein Weg aus der Einkommensarmut?

„Die Politik der Regierung, Land lediglich für ein Jahr zu verleihen, hat negative Auswirkungen auf unsere Landwirtschaftspolitik und Planungssicherheit“, sagt sie. „Wir werden aufgefordert, Obstbäume zu pflanzen, deren Wurzeln dem Deich Halt geben, so dass bei Wirbelstürmen oder Überflutungen die Bodenmasse weniger schnell abgetragen wird. Jedoch liegt es an der Baumart, die gepflanzt wird, ob es dem Schutz des Deiches dient oder eher gegenteilige Auswirkungen hat. Da wir möglicherweise nach einem Jahr das Land wieder verlassen müssen, tendieren wir dazu, Bananenstauden oder Papayabäume anzupflanzen, da diese innerhalb eines Jahres ein Einkommen garantieren. Jedoch sind die Wurzeln dieser Bäume so schwach, dass sie dem Deich keinen Halt geben und der Boden eher gelockert als gefestigt wird. Der Deich wird perforiert, die Schutzfunktion wird geschwächt. Bäume, deren Wurzeln dem Deich Halt geben würden, sind Mango, Lychee oder Kokosnuss. Jedoch dauert es weit länger als ein Jahr, bis diese Bäume Früchte abwerfen und wir sie auf dem Markt verkaufen können. Die Regierung hat sich, trotz heftiger Fürsprache der Entwicklungsorganisationen, geweigert, die Leihdauer zu erhöhen. Unsere sonstigen Einkommensquellen sind Reis, Chili und Fischereierzeugnisse. Diese Produkte verkaufen wir auf dem Markt. Das tägliche Einkommen liegt bei etwa einem Euro. Zu wenig, um eine fünfköpfige Familie zu ernähren.“

Im Auftrag lokaler Eliten wurde wiederholt die Ernte der Deichbewohner gestohlen. Aufgrund ihrer schwachen sozialen Stellung haben Arme keinen Zugang zum Rechtssystem und können entsprechend keine Klage gegen die Diebe einreichen. Hat sich die Situation dadurch verbessert, dass die Regierung das Land offiziell an die Deichbewohner verliehen hat?

„Rechtlich gesehen sind wir noch landlos“, sagt Shomorthu Banu, „da wir das Land auf Leihbasis erhalten haben. Außerdem hat sich die Regierung bisher geweigert, das Land, das an die jeweiligen Frauengruppen verteilt wurde, zu markieren, um Übergriffe auf die Bewohner oder den Diebstahl der Ernte bestrafen zu können. Der Einfluss lokaler Politiker oder einflussreicher Geschäftsleute hat nachgelassen. Trotzdem geschieht es immer wieder, dass Leute im Auftrag dieser lokalen Eliten die Ernte stehlen. Da das Land nicht markiert ist, haben wir kaum Möglichkeiten, Ansprüche hinsichtlich der Diebstähle geltend zu machen.“

Sie fährt fort: „Zwei der 19 Frauengruppen ist es bis heute nicht gelungen, Land auf Leihbasis zu erhalten. Über eine Fläche von ungefähr 20 m² wird vor Gericht verhandelt.“ Sie grinst. Kein fröhliches Grinsen, eher eines, das unterstreicht, wie lächerlich es ist, über solch eine geringe Fläche zu streiten und somit das eigene Leben zu riskieren. „Anderen Frauengruppen wurde eine Fläche zugesagt. Sie haben jedoch lediglich einen Teil davon erhalten. Die restliche Fläche befindet sich immer noch unter der Kontrolle lokaler Eliten.“

Nach einer kurzen Pause fügt sie hinzu: „Die Nebensaison ist für uns und die anderen Deichbewohner die härteste Zeit des Jahres. Dann besteht kaum eine Möglichkeit, Geld zu verdienen und wir müssen häufig hungern. Wenn die Erträge des eigenen Anbaus nicht ausreichen, müssen wir das Land der Grundherren kultivieren. Es ist uns immer sehr unangenehm, für sie zu arbeiten. Für die Kultivierung von acht Quadratmeter erhalten wir jährlich etwa 70 Euro. Es lässt sich jedoch nicht immer voraussagen, wieviel Land wir im Jahr kultivieren dürfen. Das verdiente Geld muss meistens dazu dienen, eine mehrköpfige Familie zu ernähren. Ein Drittel der Ernte müssen wir an den Landbesitzer abgeben.“

Lebensmittelkarten

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Anzahl der unterernährten Menschen in Bangladesch von 39 Millionen auf 44 Millionen angestiegen. Dies entspricht jeweils 35 Prozent der

Gesamtbevölkerung. Der Anteil der unter 5-Jährigen, die untergewichtig sind, konnte zwischen 1990 und 2000 von 67 Prozent auf 51 Prozent verringert werden. Im selben Zeitraum hat jedoch der Anteil der Kinder zugenommen, die unter extremem Untergewicht leiden.

Um zu garantieren, dass die ärmsten Menschen der Einkommensarmut und der fortwährenden Unterernährung entkommen, wurden bereits existierende Programme des Welternährungsprogramms ausgeweitet und auf die Bedürfnisse der chronisch Armen zugeschnitten.

Bis 2005 sollen 1,6 Millionen chronisch unterernährte Familien – das sind etwa 7,5 Millionen Menschen – erreicht werden. Dazu wird das bereits existierende und in Bangladesch flächendeckend durchgeführte Programm für gefährdete Gruppen (Vulnerable Group Development Program) für extrem arme Haushalte ausgeweitet. Die Kosten des Projekts belaufen sich auf knapp 270 Millionen US-Dollar. Die Regierung trägt 112 Millionen US-Dollar bei, während das Welternährungsprogramm mit knapp 100 Millionen US-Dollar den Löwenanteil der von außen kommenden Gelder stellt. Frauen und Mädchen erhalten Lebensmittelkarten, mit denen sie über einen Zeitraum von zwei Jahren monatlich 30 Kilogramm Weizen oder Reis erhalten oder 25 Kilogramm Mehl, das mit Nahrungsergänzungsmitteln versetzt ist. Diese Nahrungsmittelhilfe wird ergänzt durch Schulungskurse, bewusstseinserschaffenden Massnahmen in den Bereichen Recht, Soziales, Gesundheit und Ernährung, Alphabetisierung und kleine Spar- und Kreditprogramme. Da extrem Arme gewöhnlich aufgrund ihrer physischen und geistigen Einschränkungen aus sämtlichen staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungsprogrammen ausgeschlossen sind, will das Welternährungsprogramm sie dazu befähigen, an Programmen der NGOs teilnehmen zu können. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass sie nach Auslaufen der Nahrungsmittelhilfe ihre Lebensbedingungen weiter verbessern können.

In Netrakona und Bhola – wie in anderen Landesteilen – wählen weibliche Gemeinderatsmitglieder 50 Prozent der Frauen aus, die Lebensmittelkarten erhalten. Die bestehenden Auswahlkriterien sind unter anderem Landbesitz, Höhe, Regelmäßigkeit und Quelle des Einkommens, produktive Vermögensgegenstände und Ausbildungsmöglichkeiten je nach körperlicher Situation. Dazu kommt, dass die Frauen zwischen 15 und 49 Jahre alt sein müssen, also in der Zeitspanne, in der sie Kinder bekommen können.

Die Auswahl der Bedürftigen – eine Qual der Wahl anderer Art

Die Gemeinderatsmitglieder wählen die extrem armen Frauen aus. In einem Gemeinderat sitzen 13 Personen, davon sind drei Sitze für Frauen reserviert. Diese drei Gemeindevertreterinnen – in offene Sitze werden Frauen selten gewählt – wählen die Hälfte der Frauen aus, die Lebensmittelkarten erhalten. Die restlichen zehn Männer wählen die weiteren 50 Prozent aus. „Das ist schon richtig und wird auch offiziell so gehandhabt“, sagt ein Gemeindebürgermeister, „jedoch haben in Wirklichkeit weit mehr Akteure ihre Finger im Spiel. Die Regierung hat ein 29-köpfiges Auswahlkomitee gebildet, das die Gemeinderäte bei der Auswahl der armen Frauen unterstützen soll. Neben den 13 Gemeinderatsmitgliedern besteht dieses Komitee aus zwei Lokalpolitikern, die von zwei Abgeordneten des Parlaments aus der jeweiligen Gegend, ausgewählt werden. Außerdem sind im Komitee drei Vertreter der Landwirtschaftsbehörde, jeweils ein Vertreter des Amtes für Vieh- und Fischwirtschaft, für Gesundheit, für Bildung und für Familienplanung, sowie sechs weitere Vertreter verschiedener Behörden.“ Ist diese Unterstützung hilfreich, und wer hat schließlich das letzte Wort bei der Auswahl der Frauen? „Offiziell liegt die Entscheidungsgewalt bei den Gemeinderäten“, sagt der Gemeindebürgermeister. „Jedoch versuchen die Vertreter der

Behörden, ihren Einfluss geltend und sich ihre politische Stellung zu Nutzen zu machen.“ Wütend fügt er hinzu: „Insbesondere die Parlamentsabgeordneten üben Druck auf mich aus, Familien auszuwählen, die ihren politischen Vorstellungen entsprechen, unabhängig von ihrer tatsächlichen Bedürftigkeit.“

Wieviel kommt bei den Armen an?

Die Verteilung der Lebensmittelkarten geschieht nicht immer effektiv. Die Verbindung der Nahrungsmittelhilfe mit Ausbildungsmöglichkeiten ist vernünftig. Jedoch werden Frauen bevorzugt, die geistig und körperlich in der Lage sind, an Schulungen für einkommensschaffende Maßnahmen teilzunehmen.

Stichproben eines internationalen Instituts (International Food Policy Research Institute) ergaben, dass die Frauen im Durchschnitt 92 Prozent der ihnen zugeteilten Nahrungsmittel erhalten. Die staatlichen Nahrungsmittel-Depots sind die Hauptursache für Verluste. Die Transportkosten von den Lagern in die Dörfer werden von den Behörden übernommen. Trotzdem beklagen sich Bedürftige immer wieder, dass Nahrungsmittel viel zu spät oder gar nicht geliefert wurden.

Die Lebensmittelkarten sollten sich immer im Besitz der Teilnehmerinnen befinden, um Missbrauch zu verhindern. Während einer Stichprobe stellte ich heraus, dass sich 77 Prozent der Lebensmittelkarten in Gewahrsam des Gemeinderats befanden. Mindestens genauso gravierend ist, dass es kein standardisiertes System gibt, um die jeweiligen Reis- oder Weizenrationen abzuwiegen.

Fazit:

Auf dem eingeschlagenen Weg wird Bangladesch das Ziel, die extreme Armut bis 2015 zu halbieren, nicht erreichen. Die Programme der Regierung in Zusammenarbeit mit dem Welternährungsprogramm können Mangel- und Fehlernährung und extreme Armut verringern. Doch dazu müsste die Umsetzung verbessert werden. Das größte Problem zur Verminderung der Einkommensarmut ist jedoch, wie das Beispiel aus Bhola verdeutlicht, die ungleiche und ungerechte Verteilung der Ressourcen. Einkommensarmut und Hunger können nicht spürbar und dauerhaft vermindert werden, wenn die Ärmsten keinen gerechten Zugang zu produktiv nutzbaren Gütern erhalten.

Ziel 2

Grundbildung für alle

Bis zum Jahr 2015 werden alle Jungen und Mädchen bis zum 14. Lebensjahr eine Grundbildung erhalten.

Bildungspolitik in Bangladesch – eine Erfolgsgeschichte!?

Bangladesch ist es in den 1990er Jahren gelungen, mehr Kinder in die Schulen zu bringen. Lag die Einschulungsquote für Grundschulen 1990 noch bei 71 Prozent, so wird offiziell behauptet, dass diese Quote inzwischen auf 87 Prozent gestiegen ist. Einigen Statistiken zufolge (etwa gemäß den Zahlen des „Bangladesh Institute for Development Studies“) liegt die Einschulungsquote allerdings nur bei 75 Prozent.

Auch die Ärmsten haben von dem Bildungsfortschritt profitiert. 1990 hatten lediglich 31 Prozent der Kinder, die zum ärmsten Viertel der Bevölkerung gehören, Zugang zu

Bildungseinrichtungen. Im Jahr 2000 liegt die Einschulungsquote von Kindern extrem armer Haushalte bei 58 Prozent. Ein Erfolg? Mit Sicherheit. Jedoch kein Grund, sich zurückzulehnen. Denn auch heute noch brechen 85 Prozent der extrem Armen ihre schulische Laufbahn ab, bevor sie den Grundschulabschluss erreicht haben.

Anstrengungen auf breiter Front

Die Entwicklung der Grundbildung (Primary Education Development Program) ist eine der Hauptsäulen des Programms „Bildung für alle“ der bangladeschischen Regierung. Die Kosten für den gerade angelaufenen zweiten Teil des Projektes belaufen sich auf 1,82 Milliarden US-Dollar. Die Regierung Bangladeschs wird mit rund 1,16 Milliarden US-Dollar 64 Prozent der Kosten tragen. Die Weltbank steuert über einen zinsfreien Kredit 150 Millionen US-Dollar bei. Von der Asiatischen Entwicklungsbank kommt ein Kredit in Höhe von 100 Millionen US-Dollar. Die restlichen knapp 400 Millionen US-Dollar stammen vornehmlich aus der bilateralen staatlicher Entwicklungszusammenarbeit.

Ziel des Programms für Grundbildung ist es, die Zahl der Grundschüler aus armen Familien um 3,2 Millionen auf insgesamt 11,7 Millionen zu erhöhen. Die gegenwärtig knapp 17,5 Millionen Schüler, die eine Grundschule in Bangladesch besuchen, sollen unmittelbar von Trainingsprogrammen für 320.000 Lehrer dieser Schulen profitieren. Das Programm umfasst alle staatlichen und registrierten privaten Schulen in Bangladesch. Zudem sollen 30.000 neue Klassenräume gebaut werden, um der wachsenden Anzahl an Schülern gerecht zu werden. Ein weiterer Bestandteil des Programms sind Stipendien für Grundschüler.

Etwa 3 Millionen Kinder im Alter zwischen 6 und 10 Jahren haben in Bangladesch noch nie eine Schule besucht. Deshalb bewilligte die Regierung Bangladeschs im Juli 2004 weitere 55 Millionen Euro, um diese Kinder aus extrem armen Haushalten in die Schule zu bringen. Etwa 2 Millionen Kinder werden in 52.000 Lernzentren oder inoffiziellen Schulen, die von den jeweiligen Gemeinden und NGOs geleitet werden, unterrichtet. Um einen Anreiz zu setzen, wird den Schülern neben kostenlosen Schulbüchern auch ein Taschengeld gewährt: Hierfür müssen die Kinder mindestens 75 Prozent der Schulstunden anwesend sein und zufriedenstellende Noten erzielen. Das Geld wird den Kindern auf ein Bankkonto überwiesen, das von den Müttern verwaltet wird. Die Lernzentren werden von einem zehnköpfigen Komitee geleitet, das aus den Eltern und weiblichen Mitgliedern des jeweiligen Gemeinderats besteht.

Das Badla-System in Bhola

„Die Qualität der Grundbildung leidet in Bhola unter dem Badla-System“, sagt Mostafa von der Organisation COAST. Gemeint ist damit ein Stellvertreter-System: Lehrer an staatlichen Grundschulen geben ihr Amt häufig an einen Bekannten oder Verwandten weiter. Dieser verpflichtet sich, die Hälfte des Gehalts an den eigentlich ernannten Lehrer zu zahlen. „Das Problem liegt darin“, so Mostafa, „dass diese Leute, die nun unterrichten, keine ausgebildeten Lehrkräfte sind. Sie kommen nicht mal regelmäßig zum Unterricht. Den Lehrer kümmert das nur wenig. Er erhält 50 Prozent des Gehalts und kann währenddessen weit lukrativeren Tätigkeiten nachgehen“. Der Lehrer gehört selbstverständlich der Regierungspartei an. Auch der Bekannte oder Verwandte, an den das Amt weitergegeben wird, sympathisiert mit der Regierungspartei. Sich gegen das Badla-System auszusprechen, käme einer Kritik an der Regierung gleich – und die getraut sich kaum jemand auszusprechen.

Netrakona und Bhola: So sieht die Praxis aus

Auch in Netrakona und in Bhola werden Stipendien an Grundschüler verteilt. Viele Kinder armer Haushalte können nicht zur Schule gehen, da ihre Familien kein Geld haben für

Schulhefte und Schuluniformen oder weil die Kinder erheblich zum Unterhalt der Familie beitragen. Das Stipendienprogramm sieht vor, dass die Kinder aus armen Familien vierteljährlich vier Euro ausgezahlt bekommen. Das Geld bekommen die Mütter. Im Landkreis Netrakona Sadar werden etwa 40 Prozent des erhaltenen Geldes für Schuluniformen und 33 Prozent für Schulmaterialien ausgegeben. Etwa 20 Prozent werden für Nahrungsmittel verwendet, weitere 7 Prozent für andere Zwecke. Bibi Rohima, Mutter von vier Kindern in Bhola: „Wir erhalten lediglich zwei Euro. Der Rest fließt in die Taschen lokaler Eliten, mit der Begründung, das einbehaltenen Geld diene der Entwicklung der Gemeinde.“ Verbittert fügt sie hinzu: „Von dieser Entwicklung merke ich jedoch nichts.“ Sie überlegt kurz und schlägt dann vor: „Wir sollten kein Geld erhalten. Vielmehr sollten Bleistifte, Schulhefte oder Schuluniformen verteilt werden. Dann gibt es keinen Anreiz zur Unterschlagung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Lokalpolitiker Interesse haben, Bleistifte zu unterschlagen.“ Dies sehen andere Mütter ähnlich.

„Korruption ist jedoch lediglich eines von vielen Problemen des Stipendienprogramms“, sagt Basura. Sie ist Mitarbeiterin der in Netrakona ansässigen Hilfsorganisation Sabalamby Unnayan Samity. „Vor allem die Ärmsten sehen nicht den Nutzen der Bildung für ihre Kinder. Sie geben die Stipendien lieber für Nahrungsmittel oder Kleidung aus. Auch hier wäre es von Vorteil, wenn kein Bargeld, sondern Schulmaterialien direkt an die Kinder verteilt würden.“ Eines der Kriterien zum Erhalt eines Grundschulstipendiums ist eine 85-prozentige Anwesenheitsquote im Unterricht. Kinder armer Haushalte können diese Quote selten erfüllen. Im Alter von acht Jahren wird von den Jungen erwartet, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Mädchen müssen im Alter von sechs Jahren im Haushalt mithelfen. Ein Kind, das lesen, schreiben und zählen lernt, trägt nicht direkt zum Haushaltseinkommen bei. Die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern ihre Kinder zur Schule schicken, liegt deutlich höher, wenn der Stundenplan an die wirtschaftlichen Aktivitäten der Gemeinschaft angepasst wird. „Wenn die Schulstunden flexibel wären, abhängig von der jeweiligen Ernte- oder Anbauzeit, würden deutlich mehr Kinder zur Schule gehen“, sagt Shamim, der bei Sabalamby verantwortlich für Grundbildung ist.

Qualität spielt keine Rolle?

Die Grundschule in Kunapara, einem kleinen Dorf in Netrakona, wurde 1992 auf Initiative der Gemeinde gegründet. 160 Kindern werden hier unterrichtet. Im Jahre 1996 wurde die Schule von der Regierung offiziell als Grundschule anerkannt. Diese Registrierung bringt einige Vorteile mit sich. Die Gehälter der Lehrer werden zu 90 Prozent von der Regierung bezahlt, Schulbücher werden zur Verfügung gestellt, und jährlich erhält die Schulleitung 13 Euro, um Kreide oder einen neuen Kehrbesen zu kaufen. Außerdem erhalten 40 Prozent der Schüler die genannten Stipendien.

Acht Jahre nach der Registrierung befindet sich die Schule in einem ärmlichen Zustand. Die fünf Sitzbänke reichen für die 56 Erstklässler nicht aus. Die 160 Schüler teilen sich eine in einiger Entfernung liegende offene Latrine. Insbesondere die Mädchen vermeiden es, diese Toilette aufzusuchen, können sich daher im Unterricht nicht konzentrieren oder bleiben ganz zu Hause. Es gibt keinen Brunnen mit sauberem Trinkwasser. Schlecht ausgebildete Lehrer sind nicht in der Lage, den Unterricht sinnvoll zu strukturieren. Dabei sind die Bedingungen in Kunapara verhältnismäßig günstig: Es gibt drei Lehrer. Durchschnittlich unterrichtet in öffentlichen Schulen ein Lehrer 70 Kinder. Neben den Verpflichtungen der Kinder, zum Haushaltseinkommen beizutragen, trägt auch eine schlechte Lernatmosphäre zu einer hohen Abwesenheitsquote der Schüler bei. Nur 63 Prozent der angemeldeten Schüler besuchen regelmäßig den Unterricht.

Finanzielle Unterstützung lässt auf sich warten. Dies liegt vor allem an einem langwierigen bürokratischen Entscheidungsprozess. „Der Gemeinderat hat uns versprochen, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, damit wir die verlangte Unterstützung erhalten“, sagt Muktadir, Rektor der Grundschule von Kunapara. „Doch der Gemeinderat ist machtlos.“ In Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat reichte die Schulleitung eine Liste mit Forderungen beim stellvertretenden Verantwortlichen für Bildungsfragen im Landkreis ein. Dieser teilte die Forderungen seinem Vorgesetzten mit. Auf Landkreisebene wurde im Ausschuss für Bildungsfragen über die Forderungen beraten. Dann wurde die Liste an den Verantwortlichen für Grundschulbildung auf Regierungsbezirksebene weitergeleitet. Dieser reichte die Liste schließlich an das Bildungsministerium weiter. „Durch Dezentralisierung könnte dieser Prozess verkürzt werden“, sagt der Rektor und ist sich der Zustimmung des Gemeinderats gewiss. „Wir müssen verstärkt Eltern, Lehrer und einflussreiche Leute aus der Gegend an einen Tisch bringen, um unseren Forderungen Gehör zu verschaffen, sonst wird sich die Qualität der Bildung in Kunapura nicht verbessern.“

Die örtliche NGO Sabalamby organisiert solche Treffen, um eine Verbesserung der Unterrichts-Qualität zu erreichen. Sabalamby leistet auch Direkthilfe und richtet Pumpbrunnen ein sowie getrennte Toiletten für Mädchen und Jungen.

NGOs können auf lokaler Ebene wichtige Anstöße geben: Sie können Lernzentren für die ärmsten Kinder initiieren. Sie können gegen die Veruntreuung von Stipendien protestieren. Und sie können Lehrer, Eltern, Lokalpolitiker und Verantwortliche aus der Bildungsverwaltung an einen Tisch holen, um Probleme vor Ort zu lösen. Doch die entscheidenden Weichenstellungen müssen durch die Politik erfolgen. Sie muss allen Kindern ermöglichen, dass sie zumindest die Grundschule abschließen. Das geht nur, wenn die Qualität der Schulen, des Unterrichts und der Stipendienvergabe flächendeckend deutlich verbessert werden.

Fazit:

Legt man den Indikator „Einschulungsquote“ als Maßstab an, dann ist das Ziel „Grundbildung für alle“ für Bangladesch erreichbar. Dieser Indikator ist jedoch Augenwischerei, wenn die Schulabbrecherquote bis 2015 nicht spürbar verringert wird. Gerade bei Kindern aus den ärmsten Familien ist die Abbrecherquote besonders hoch. Keiner der Millenniums-Indikatoren bezieht sich auf die Qualität des Unterrichts. Hier liegen jedoch die größten Herausforderungen für die Bildungspolitik Bangladeschs.

Ziel 3

Gleichberechtigung

Im Jahr 2015 werden gleich viele Mädchen die Schule besuchen wie Jungen. Frauen nehmen stärker an politischen Entscheidungsprozessen teil.

Mädchen und Frauen auf dem Vormarsch?

Bildung ist in Bangladesch keine Männerdomäne mehr. Immer mehr Mädchen und heranwachsende Frauen sind in Klassenräumen der Grund- und weiterführenden Schulen Bangladeschs zu finden. Ist die gebildete und selbstbewusste Frau in Bangladesch bald kein Einzelfall mehr? Positive Tendenzen sind weitläufig zu beobachten. Bedeutend ist vor allem, dass jetzt auch in den ländlichen Gebieten – und nicht nur in den Städten – immer mehr Mädchen Grundschulen und weiterführende Schulen besuchen. Trotz dieser positiver Tendenzen wird der Weg zu alphabetisierten und gleichberechtigten Frauen vor allem in den

armen ländlichen Gebieten noch ein steiniger sein. Die Gründe sind facettenreich: Traditionelle Normen und Werte, die für Mädchen und Frauen eine andere Rolle in der Gesellschaft vorsehen, die Angst dieser Mädchen und Frauen, sich gegen bestehende Denkmuster aufzulehnen und die Korruption bei der Verteilung von Stipendien im Rahmen staatlicher Bildungsprogramme.

Mädchen auf der Schulbank

Im Jahre 1994 hat die Regierung Bangladeschs ein Stipendienprogramm für Mädchen ins Leben gerufen, um zu erreichen, dass es in den weiterführenden Schulen genauso viele Schülerinnen wie Schüler gibt. Im Rahmen dieses Programms werden Stipendien an Mädchen vergeben, die weiterführende Schulen besuchen wollen, denen jedoch aus finanziellen oder soziokulturellen Gründen die Möglichkeiten fehlen. 1990 war lediglich jedes dritte Kind, das eine weiterführende Schule besuchte, ein Mädchen. Die Anzahl der Mädchen, die einen Abschluss an weiterführenden Schulen erreichten, war um 50 Prozent niedriger als die Anzahl der Jungen.

Um weiterführende Schulen in Bangladesch besuchen zu können, bedarf es einer Schulgebühr. Eltern sind oftmals nicht bereit, für die Bildung ihrer Töchter Geld auszugeben. Denn Mädchen werden vor allem in den ländlichen Gebieten nach wie vor als Belastung angesehen. Die Regierung fördert durch Stipendien die anfallenden Schul- und Prüfungsgebühren und einen großen Teil der anfallenden Kosten für Schulbücher, Schuluniform, Schuhe, Transport und Kerosin für Lampen. Bildung für Mädchen stand in der Vergangenheit in einem krassen Widerspruch zu kulturellen und religiösen Normen. Das Stipendienprogramm soll die ungleiche Behandlung der Geschlechter beseitigen und durch eine steigende Zahl von Mädchen, die weiterführende Schulen besuchen, die Kinderheirat verringern. Obwohl es gesetzlich verboten ist, werden vor allem in den ländlichen Regionen Mädchen auch schon vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet. Deshalb erhalten nur die Mädchen ein Stipendium, deren Eltern die Schulausbildung einer frühen Heirat vorziehen.

Wer profitiert von den Stipendien?

Die Millenniumsziele sollen ein zusammenhängendes Ganzes sein, deren einzelne Ziele nicht im Konflikt zueinander stehen, sondern sich vielmehr ergänzen. Die Art und Weise, wie in Bangladesch versucht wird, Gleichberechtigung und Frauenförderung zu erreichen, scheint dem allerdings zu widersprechen. Insbesondere widerspricht die Durchführung des Programms, das die Anzahl von Mädchen in weiterführenden Schulen auf das Niveau der Jungen bringen soll, dem Ziel der Armutsverringerung. Laut einer Studie des bangladeschischen Instituts für Entwicklungsstudien (Bangladesh Institute for Development Studies) über die Lage der Ärmsten im Jahre 2004/05 erhalten lediglich 3,4 Prozent der extrem Armen und 15,4 Prozent der gemäßigt Armen ein Stipendium. Andererseits erhalten 36,8 Prozent der Mädchen, die zur unteren Mittelschicht, und 35,9 Prozent der Mädchen, die zur oberen Mittelschicht gehören, ein Stipendium. Sogar 8,5 Prozent der Mädchen, die zu reichen Haushalten zu zählen sind, sind Nutznießer dieses staatlichen Programms. Das bedeutet, dass nicht einmal 20 Prozent der Armen erreicht werden, jedoch über 80 Prozent der Bessergestellten, die ohnehin die finanziellen Möglichkeiten hätten, Schul- und Prüfungsgebühren aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Die Anzahl der Mädchen in weiterführenden Schulen mag künftig der Anzahl der Jungen entsprechen, die Armen und extrem Armen werden davon jedoch kaum profitieren.

Charu Balu kämpft

Vetternwirtschaft und Korruption sind die Hauptgründe, warum Stipendien nicht an diejenigen Personen verteilt werden, die sie am dringendsten benötigen. Arme haben eine

schwache Verhandlungsposition und können sich gegen den Missbrauch bei der Vergabe von Stipendien kaum zur Wehr setzen. Zwischenfälle in Bhola, die keine Einzelfälle sind, veranschaulichen diesen Missbrauch. Sie zeigen jedoch auch, dass es sich lohnt, Frauen zu fördern und sie über ihre Rechte zu informieren.

Charu Balu ist Lehrerin für Erwachsenenbildung und Sprecherin mehrerer Frauengruppen im Landkreis Lalmohan (Distrikt Bhola). Die Entwicklungsorganisation COAST hat Frauen auf verschiedenen administrativen Ebenen in Gruppen organisiert, damit sie die ihnen zustehenden Rechte einfordern können. In einigen Schulen des Landkreises war es gang und gäbe, dass Stipendien für Mädchen nicht an die wirklich Bedürftigen verteilt wurden. Niemand protestierte. Zu groß war die Angst vor den Schlägertrupps der Drahtzieher. Eine wütende Charu Balu jedoch konnte diese Art von Ungerechtigkeit nicht länger ertragen und protestierte gegen den Missbrauch: „Bedürftige Kinder sollten das Recht haben, Stipendien zu erhalten. Niemand hat das Recht, ihnen diese Unterstützung wegzunehmen.“ Etwas resigniert, doch gleichzeitig bestimmt, fügt sie an: „Viele Menschen hier halten Korruption für einen naturgegebenen Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie haben Angst, sich gegen herkömmliche Anschauungen zur Wehr zu setzen. Missstände werden nicht hinterfragt.“ Charu Balu ist davon überzeugt, dass die Regierung des Landes die Stipendien an die Armen verteilen möchte und nicht an Kriminelle. „Wir müssen alle aufbegehren, damit die verhaftet werden, die die Rechte der Armen plündern.“

Vor wenigen Monaten wurden in Lalmohan Stipendien verteilt, ohne die vorgeschriebenen Auswahlkriterien zu beachten. Charu Balu beschloss mit weiteren Gruppenmitgliedern, die Schule aufzusuchen, und die Lehrer dazu zu bringen, die Stipendien ordnungsgemäß zu verteilen. Die Lehrer, die die Stipendien lieber innerhalb der eigenen und an befreundete Familie verteilen, ignorierten Charu Balu, überzeugt, dass niemand auf sie hören würde. Die Frauengruppen besetzten die Klassenräume der Schule und legten den Unterricht lahm. „Wir werden diesen Sitzstreik so lange aufrecht erhalten, bis eine gerechte Verteilung der Stipendien gewährleistet wird“, versicherte Charu Balu. „Außerdem werden wir eine Anzeige beim örtlichen Polizeichef einreichen, damit die Öffentlichkeit von dieser Gesetzlosigkeit erfährt.“ Lehrer, Schulleitung und lokale Eliten, die zur Schule geeilt kamen, drohten ihr, sie mit Gewalt vom Schulgelände zu vertreiben. Doch Charu Balu und die Frauen blieben. Als Gruppe fühlten sie sich stark. Schließlich erfuhr eine breitere Öffentlichkeit von den Vorgängen. Charu Balu war erfolgreich. Die Stipendien wurden gemäß den Auswahlkriterien verteilt. Die Urheber des Unrechts wurden bisher jedoch nicht zur Rechenschaft gezogen. Das System bleibt daher auch künftig anfällig für Missbrauch.

Angst überwinden

Alternative soziale Strukturen werden von nichtstaatlichen Organisationen angeregt und unterstützt. Empowerment, politisches Mitspracherecht für Frauen, ist in einem Land, in dem die Frauen in besonderem Maße von der Armut betroffen sind, eine sinnvolle Strategie. Leider sind erfolgreiche Geschichten wie die von Charu Balu eher die Seltenheit. Vielmehr ist die soziale Stellung der Frauen in vielen Gebieten Bangladeschs immer noch schwach. Die Verteilung von Stipendien ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Anteil von Mädchen, die weiterführende Schulen besuchen, steigt dadurch deutlich an und verleiht Bangladesch eine positive Statistik hinsichtlich der Erfüllung dieses Millenniumsziels. Wenn dies jedoch weiterhin von Korruption und Vetternwirtschaft dominiert wird, kann dieses Ziel nur auf Kosten der wirklich Bedürftigen erreicht werden.

Politische Mitsprache der Frauen

Können Frauen sich bis zum Jahr 2015 spürbar am politischen Entscheidungsprozess beteiligen? Ein Indikator zur Erreichung dieses Ziels ist die Anzahl an Sitzen, die Frauen im nationalen Parlament innehaben. Bangladesch rühmt sich der Tatsache, dass sowohl die Regierungskoalition als auch die Opposition von einer Frau geführt werden. Dies sei, so ist des Öfteren zu hören, ein Indiz für die Gleichberechtigung der Frauen. Jedoch wurden diese beiden Frauen nicht aufgrund ihrer politischen Überzeugungskraft und Kompetenzen an die Spitze der beiden größten Parteien Bangladeschs gewählt. Vielmehr haben sie das Amt geerbt. Sie sind die Witwe beziehungsweise Tochter der beiden einflussreichsten Politiker in der Geschichte Bangladeschs. Aktive Teilnahme von Frauen an politischen Prozessen ist in Bangladesch nach wie vor jedoch eher die Ausnahme und oft mit Problemen und Schwierigkeiten verbunden. Aus diesem Grund waren die Kommunalwahlen von 1997 von besonderer Bedeutung. Seit 1997 können sich Frauen direkt in den Gemeinderat wählen lassen. Eine Gemeinde wird in der Regel in neun Wahlgebiete unterteilt. Jedes Wahlgebiet wählt einen Vertreter in den Gemeinderat. Vor 1997 wurden die drei weiblichen Mitglieder des Gemeinderats durch die neun gewählten Vertreter bestimmt. Seit Direktwahlen von Frauen für die Gemeinderäte in Bangladesch stattfinden, hatte eine große Anzahl NGOs unerfahrene Frauen für ihre Kandidatur und den Wahlkampf geschult. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahre 2003 kandidierten 39.419 Frauen für die 12.684 reservierten Sitze in den Gemeinderäten der 4.228 Gemeinden. In die offenen Sitze werden Frauen jedoch selten gewählt. Im Jahre 2003 kandidierten 617 Frauen für die 38.052 offenen Sitze. Hiervon wurden lediglich 85 Frauen gewählt. Das entspricht einem Anteil von Frauen in den offenen Sitzen von 0,22 Prozent. Auch ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Gemeinde eine Bürgermeisterin stellt sehr gering. Lediglich 22 Frauen, das entspricht 0,52 Prozent, haben seit 2003 das Amt der Bürgermeisterin inne.

Frauen in der Politik – geduldet, jedoch nicht akzeptiert

Es gibt noch immer keine Gleichberechtigung in der Politik in Bangladesch. Neben dem zumeist männlichen Gemeindebürgermeister und den neun in der Regel männlichen Gemeinderatsmitgliedern nimmt auch ein von der Regierung eingesetzter Sekretär zur Unterstützung und Entlastung des Gemeindebürgermeisters an den Sitzungen teil. Gewöhnlich stehen also elf Männer nur drei Frauen gegenüber. Und das in den immer noch stark patriarchalisch geprägten ländlichen Regionen Bangladeschs. Viele der gewählten weiblichen Gemeinderatsmitglieder beklagen sich über Hindernisse, die ihnen von ihren männlichen Kollegen in den Weg gelegt werden. Diese kontrollieren die Nutzung der Ressourcen, die dem Gemeinderat zugewiesen werden und dominieren den Entscheidungsprozess innerhalb des Rats. „Unsere Position ist sehr schwach“, sagt Shamsur Nahan. Sie ist Mitglied eines Gemeinderats in Netrakona und nimmt an einer Fortbildung teil, die eine NGO für weibliche Ratsmitglieder durchführt. „In unserem Landkreis gibt es keine Gemeinde, in dessen Rat mehr als drei Frauen sitzen. In offene Sitze werden Frauen nur selten gewählt. Daher ist die Entscheidung der Regierung, Sitze für Frauen zu reservieren, zu begrüßen. Die Frauen werden jedoch von den Männern nicht als vollwertige Mitglieder angesehen, da sie eben nur im Rat sitzen, weil Sitze für sie reserviert wurden. Wenn ich etwas zu sagen habe, hört mir der Bürgermeister zwar zu, die restlichen männlichen Kollegen ignorieren mich jedoch und beginnen, lautstark Gespräche untereinander zu führen.“

Überall mitarbeiten – nichts entscheiden

Gegenwärtig wird darüber nachgedacht, Frauen bestimmte Projekte im Gemeinderat fest zuzuordnen, um so der Problematik der Ungleichverteilung der Befugnisgewalt zu entgegnen. „Wir Frauen arbeiten überall und nirgends mit“, sagt Aranua Kanu. „Projekte, für deren Durchführung die Gemeinderäte verantwortlich sind, sollen von den männlichen und weiblichen Ratsmitgliedern gemeinsam bearbeitet werden. Diese Zusammenarbeit findet

jedoch nicht statt.“ Verärgert fügt sie hinzu: „Ich reiche eine Liste der Ärmsten ein, die dringend Lebensmittelkarten benötigen. Die Männer im Rat streichen die Namen von meiner Liste und ersetzen sie durch andere. Eigentlich sind die Frauen im Rat berechtigt, die Hälfte der Familien zu benennen, die Lebensmittelkarten erhalten. Doch die Wirklichkeit können wir uns glücklich schätzen, wenn wir 10 Prozent auswählen dürfen.“ Sie redet sich in Rage: „In der Tat gibt es Aufgabenbereiche, die speziell von den Frauen im Rat geleitet werden. In jeder Gemeinde gibt es einen Ausschuss, der darüber entscheiden soll, welche fünf bedürftigen Alten und Witwen jeweils eine Pension von zwei Euro im Monat erhalten sollen. Die Vorsitzenden dieser Ausschüsse sind weibliche Gemeinderatsmitglieder. Aber auch hier legen männliche Kollegen, obwohl sie dazu überhaupt nicht befugt sind, ihr Veto ein und entscheiden letztlich, wer die Pensionen bekommt. Wir sind machtlos.“

Was die Frauen wollen

„Die Unterschrift eines weiblichen Ratmitglieds sollte künftig notwendig sein, um Entschlüsse im Rat zu ratifizieren“, mischt sich Hafiza in das Gespräch ein. Andere Ideen zur Verbesserung der Stellung der Frauen im Rat sehen vor, ihnen ein Vetorecht bezüglich aller Projekte in der Gemeinde zuzugestehen. Ein weiterer Vorschlag empfiehlt, bei Treffen der nächst höheren Verwaltungseinheit eine Frau aus jeder Gemeinde teilnehmen zu lassen, damit die Frauen über alle geplanten Projekte informiert sind.

Auch soziokulturelle Gründe sind ausschlaggebend für die schwache Position der Frauen in den Räten. Im Zuge der zunehmenden Islamisierung der Gesellschaft beschweren sich religiöse Führer, soziale Eliten und sogar Mitglieder der eigenen Familie über die neue Rolle der Frauen. Sie würden nicht effektiv arbeiten und ihre familiären Pflichten vernachlässigen. Frauen werden zunehmend aus dem öffentlichen Leben gedrängt. Champra ist Mitarbeiterin von Sabalamby. Sie arbeitet mit Mädchen und lehrt diesen, wie wichtig es ist, als Frau zur Schule zu gehen und öffentliche Ämter zu bekleiden. Auf dem Weg in das Schulungszentrum verschleiert sie sich jedoch vollständig. „Zum Schutz“, wie sie sagt. „Trage ich keine Burka, suchen mich religiöse Führer im Trainingszentrum auf und stellen mich zur Rede. Dadurch stören sie meine Kurse. Sie drohen gar, diese Trainings ganz abzuschaffen. Wenn ich eine Burka trage, opfere ich meine individuelle Freiheit zum Wohle meiner Schüler.“

Gefahr

Die wachsende Zahl der Koranschulen überall im Land fördert ein religiös-konservatives Denken. Sie wollen Frauen daran hindern, ihre Rechte in allen Sphären des privaten und öffentlichen Lebens wahrzunehmen. Ohne Teilnahme am öffentlichen Leben und ohne eine effektive Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen verkümmern jedoch die Ansätze zur Gleichberechtigung und Förderung der Frauen. Gerade in den ländlichen Gegenden haben Frauen wenig oder gar keinen politischen Einfluss. Bangladeschs Finanzminister verkündete vor wenigen Wochen stolz, Bangladesch werde bereits im kommenden Jahr das Ziel „Mitspracherecht für Frauen“ erreicht haben. Das ist eine Beleidigung für die unzähligen Frauen, die täglich mit Diskriminierung und Unterdrückung zu kämpfen haben.

Fazit:

Die Chancen stehen gut, dass 2015 in Bangladesch gleich viele Mädchen wie Jungen die Schule besuchen. Doch die ärmsten Bevölkerungsgruppen dürfen nicht wie bisher von diesem Fortschritt ausgeschlossen bleiben. Eine Ausweitung des fundamentalistischen muslimischen Einflusses wird zur massiven Einschränkung der Rechte der Frauen führen. Die soziale Stellung der Frauen muss sich vor allem in den ländlichen Regionen noch deutlich verbessern, damit Frauen vollwertig in politischen

Entscheidungsprozessen mitwirken können. Dies bis 2015 zu erreichen ist unwahrscheinlich, bedarf es doch eines weitreichenden Umdenkens, welches vorhandene Gesellschaftsstrukturen aufbricht und Frauen als gleichberechtigte gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Akteure ansieht.

Ziel 4 **Eindämmung der Kindersterblichkeit**

Die Anzahl der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag sterben, wird bis 2015 um zwei Drittel vermindert.

Ziel 5 **Verbesserung der Gesundheit von Müttern**

Bis 2015 wird die Müttersterblichkeit um 75 Prozent reduziert.

Schlechtes Zeugnis für die staatliche Gesundheitspolitik

Die Kinder

Täglich sterben etwa 600 bis 700 Kinder an Infektionen der Atemwege, an Durchfall oder Masern. Dies scheinen sehr verschiedene Todesursachen zu sein, Mangel- und Unterernährung ist jedoch in der Regel die gemeinsame Ursache. Unterernährte Kinder haben ein schlecht entwickeltes Immunsystem. Etwa 8 Millionen der unter 5-Jährigen sind untergewichtig und im Wachstum gestört. Etwa 45 Prozent der in Bangladesch lebenden Kinder kommen bereits untergewichtig zur Welt. Dazu kommt der Mangel an Vitamin A, Eisen, Jod und Zink. Die Kindersterblichkeit der unter 5-Jährigen hat im vergangenen Jahrzehnt stetig abgenommen. Jedoch haben von diesem Fortschritt Jungen weit mehr profitiert als Mädchen. In der Gruppe der 1- bis 4-Jährigen liegt die Sterblichkeitsrate der Mädchen um ein Drittel höher als die der Jungen.

Die Mütter

Jährlich sterben in Bangladesch 15.000 Frauen während der Geburt. Mehr als 95 Prozent der Geburten finden zu Hause statt, ohne Hilfestellung qualifizierter Fachkräfte. Besonders in ländlichen und abgelegenen Regionen ist die Müttersterblichkeit extrem hoch. Die Mangel- oder Unterernährung der Frauen bringt erhebliche Probleme während der Schwangerschaft oder während der Geburt mit sich. 39 Prozent der bangladeschischen Mütter leiden an Krankheiten, die in Zusammenhang stehen mit der Geburt ihrer Kinder. Lediglich 34 Prozent der Frauen erhalten vorgeburtliche Versorgung, ganze 2 Prozent erhalten gesundheitliche Versorgung nach der Geburt. Ausgebildetes Personal ist nur bei 13 Prozent der Geburten anwesend. Und von den Ausgaben der Privat-Haushalte für Gesundheit werden durchschnittlich lediglich 40 Prozent für die Frauen ausgegeben.

Das staatliche Gesundheitsprogramm

Das staatliche Gesundheits- und Bevölkerungsprogramm hatte unter anderem das Ziel, die Gesundheit von Kleinkindern und Müttern spürbar zu verbessern. Es war geplant, 11.000 Krankenstationen zu bauen. Diese sollten die grundlegende medizinische Versorgung für jeweils etwa 6.000 Menschen auf Gemeindeebene garantieren. Zehntausende Euros wurden für den Bau der Stationen ausgegeben. Medizinische Versorgung wird jedoch kaum oder gar nicht durchgeführt.

Gesunde Kinder – gesunde Gesellschaft

Ein wichtiger Indikator der Millenniumsziele für die Gesundheit der Kinder ist die Sterblichkeitsrate der unter 5-Jährigen. Die Indikatoren zur Gesundheit von Müttern beziehen sich auf die Müttersterblichkeit und die Anwesenheit ausgebildeter Hebammen während der Geburt.

Die Arbeit des Welternährungsprogramms in Bangladesch ist speziell auf Frauen und Kinder ausgerichtet. Im Rahmen des nationalen Ernährungsprojekts wird ausdrücklich die Verteilung von Nahrungsergänzungsmitteln an Kinder unter zwei Jahren betont, die schwer unterernährt sind und im Wachstum stocken. Das Programm für Ernährungssicherung fördert den Aufbau von Trainings- und Ernährungszentren auf Gemeindeebene. Kinder im Vorschulalter, deren Mütter diese Zentren besuchen, erhalten Mehrkornriegel. Werdende und stillende Mütter erhalten Nahrungsmittelhilfe. Zusätzlich werden sie über gesunde Ernährung aufgeklärt.

Stress verursacht Geburtskomplikationen

Das Ernährungssicherheits-Projekt der Vereinten Nationen wird unter anderem in Atpara, einem Landkreis in Netrakona, durchgeführt. Mitarbeiterinnen der Entwicklungsorganisation Socio-Economic Rural Advancement Association werden in Ernährungslehre für werdende und stillende Mütter geschult, in vorbeugenden Gesundheitsmaßnahmen und notwendigen Hygienestandards. Jeweils drei Mitarbeiterinnen pro Gemeinde geben ihr Wissen an die Frauen in den Dörfern weiter. „Den Frauen fehlt häufig das Verständnis für den Zusammenhang zwischen schlechter Hygiene, Krankheiten und dem schlechten Gesundheitszustand ihrer Kinder“, sagt Mazibur Rahman, Geschäftsführer der NGO, „daher müssen wir ihnen beibringen, ihre Nahrungsmittel unter angemessenen hygienischen Bedingungen zu lagern oder bei der Geburt saubere Laken zu benutzen.“ Oftmals ergeben sich Komplikationen während der Geburt: „Es ist traurig aber wahr“, sagt Mazibur, „aber wir müssen die Ehemänner darauf hinweisen, dass ihre Frauen während der Schwangerschaft Ruhepausen benötigten. Viele Frauen berichten, dass sie während der Schwangerschaft häufig von den Männern psychisch unter Stress gesetzt werden, da sie ihren Haushaltspflichten nicht wie gewohnt nachkommen können. Die Frauen setzen alles daran, das Pensum ihrer körperlichen Arbeit wie gewohnt zu erfüllen. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit von Geburtskomplikationen“.

Sichtbare Erfolge

Das Ernährungssicherungs-Programm wird in Atpara seit zwei Jahren durchgeführt. Erfolge sind bereits sichtbar. Die Kinder- und Müttersterblichkeit hat laut Mazibur abgenommen. „Mit unseren Trainings erreichen wir etwa 75 Prozent der Dorfbewohnerinnen. Sie befolgen die Hygiene- und Gesundheitsvorschriften und passen ihre Essgewohnheiten während der Schwangerschaft an. Die restlichen 25 Prozent erreichen wir nicht.“ Zwei Gründe können nach Mazibur dafür genannt werden: „Es mag sein, dass unsere Trainer ihr Wissen nicht überzeugend an die Frauen in den Dörfern weitergeben können. Jedoch erscheinen viele Frauen auch unregelmäßig zu den Trainings, da sie in Haushaltspflichten eingebunden sind.“ Ein weiteres Problem ist die in vielen Bereichen zu beobachtende Scheu der ländlichen Bevölkerung vor Neuem, vor Dingen, die von den traditionellen Normen abweichen. „Einige der Frauen“, sagt Mazibur, „scheinen nicht in der Lage zu sein, den mentalen Hebel umzulegen, um Verbesserungsvorschläge zu akzeptieren. Dadurch können sie diese Verbesserungsvorschläge auch nicht an ihre Kinder weitergeben. Der Gesundheits- und Ernährungszustand sowohl der Mütter als auch der Kinder bleibt schlecht.“ Doch gibt es auch Nachahmungseffekte. „Mütter, die nicht an Trainings teilnehmen, beobachten, was ihre Nachbarinnen tun und bauen so ihr Misstrauen gegenüber den Vorschlägen ab“, sagt Mazibur. „Mit unserem Programm können wir die Mütter- und Kindersterblichkeit verringern. Falls jedoch Komplikationen auftreten oder Mütter und Kinder an schweren

Krankheiten leiden, bedarf es professioneller ärztlicher Hilfe. Diese ist häufig nicht vorhanden.“

Fachpersonal ist Mangelware

Im Jahr 2000 war bei lediglich 13 Prozent der Geburten eine professionelle Geburtshelferin zugegen. Auch die mangelhafte Betreuung der Mütter nach der Geburt ist ausschlaggebend für eine hohe Müttersterblichkeit. Etwa 60 Prozent der schwangeren Frauen in den ländlichen Gebieten Bangladeschs litten Ende der 1990er Jahre unter Blutarmut und Eisenmangel. Bei stillenden Frauen lag diese Quote gar bei 83 Prozent.

Bei Geburten in den ländlichen Gegenden sind normalerweise traditionelle Hebammen zugegen. Sie sind meist nicht in der Lage, bei schwerwiegenden Geburtskomplikationen dem Kind und der Mutter helfend zur Seite zu stehen. Lediglich bei kleineren Komplikationen wie Blutungen oder Krämpfen können die traditionellen Hebammen Unterstützung leisten. Wenn die Fruchtblase zu früh platzt, sind die Hebammen genauso machtlos wie bei Frühgeburten oder Steißlage. Auch bei Unterentwicklung des Säuglings, häufig verursacht durch den schlechten Ernährungszustand der Mutter, können die Hebammen keine angemessene Hilfe leisten. Auch wenn der Mutterkuchen im Mutterleib bleibt, wird sofortige Hilfe durch qualifizierte Fachkräfte gebraucht.

Es müsste also in den ländlichen Gebieten mehr professionelle Geburtshelfer geben. Bei ernsthaften Komplikationen haben arme Familien häufig keine Möglichkeiten, einen Arzt aufzusuchen. In abgelegenen Gebieten können sie sich oft schlichtweg die Kosten für einen langen Transport in städtische Kliniken nicht leisten. Zudem sind Rikschas nicht das angemessene Transportmittel für Frauen, die in Wehen liegen. Die Krankenstationen, die in nächster Nähe zu den Dörfern liegen, sind meist schlecht ausgerüstet, die notwendigen Medikamente fehlen. Das Gesundheitsprogramm der Regierung schlug diesbezüglich fehl. Qualifiziertes Personal ist nur in seltenen Fällen vorhanden.

Hygiene und Impfschutz

„Obwohl die Behandlung schwangerer Frauen in den Krankenstationen kostenlos sein sollte, müssen wir immer eine Art Handgeld an die Schwestern zahlen“, berichtet eine Frau in Bhola. „Für jede Routine- oder Kontrolluntersuchung müssen die Schwangeren 1,40 Euro zahlen“, sagt sie. „Daher meiden viele den Besuch der Stationen, auch wenn sie Schmerzen haben.“ Sowohl die Hebammen in Netrakona als auch die Frauen in Bhola berichten, dass die Krankenstationen von der Regierung mit Medikamenten versorgt werden sollten. Doch meist müssen die Frauen die Medikamente in der Apotheke kaufen. Vor allem die Ärmsten können sich dies nicht leisten.

„Natürlich hat sich die Situation der Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit in den vergangenen Jahrzehnten verbessert“, sagt die 80-jährige Babi aus Ballukalli, einem kleinen Dorf in Netrakona. Seit 50 Jahren ist sie Hebamme. Sie hat bei über 1.000 Geburten geholfen. „Dies liegt vor allem an den verbesserten hygienischen Bedingungen in den Dörfern. Vor 20 Jahren noch wurde die Nabelschnur mit einem Bambussplinter abgetrennt. Heute haben wir abgekochte Rasierklingen.“ Staatliche Impfprogramme haben dazu geführt, dass heute viel weniger Kinder an Tetanus sterben. „Etwa 25 von 100 Babies kommen heutzutage entweder tot zur Welt oder sterben innerhalb der ersten Wochen“, schätzt Leilu, die seit 30 Jahren als Hebamme in Netrakona arbeitet. „Vor allem die Bildungsprogramme der nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen haben die hygienischen Bedingungen verbessert und die Furcht der tiefreligiösen Menschen vor der modernen Medizin verringert.“ Von staatlicher Seite habe sie Unterstützung dieser Art noch nie erfahren. Was könne die Regierung machen, um die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit zu verringern? Leilu fordert, dass die Behandlung von schwangeren Frauen und die notwendigen Medikamente kostenlos und Ambulanzen auch in den abgelegenen Gebieten vorhanden und Einsatz bereit sein müssen. „Außerdem“, so fährt

sie fort, „muss qualifiziertes Personal und notwendige Ausrüstung vorhanden sein, um Frauen bei komplizierten Geburten die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen“.

Fazit:

Bangladesch ist auf dem richtigen Weg, bis 2015 die Säuglingssterblichkeit um zwei Drittel zu verringern. Das Land muss jedoch seine Anstrengungen erheblich erhöhen, um die Kindersterblichkeit der unter 5-Jährigen und die Müttersterblichkeit zu verringern. Um nachhaltig die Gesundheit der in ländlichen Gebieten lebenden Menschen zu gewährleisten, bedarf es einer Gesundheitspolitik, die auf die Bedürfnisse der Armen zugeschnitten ist.

Gemeinsam sind wir stark?

Staatliche Strategien zur Armutsbekämpfung

Von Dirk Saam

PRSP und MDG. Zwei Abkürzungen sind verantwortlich für hitzige Debatten, die in den vergangenen Jahren den entwicklungspolitischen Diskurs bestimmt haben. PRSP steht für „Poverty Reduction Strategy Paper“, auf deutsch: Strategiepapier zur Bekämpfung von Armut. Die Strategien der armen Entwicklungsländer müssen sich an den „Millennium Development Goals“ (MDGs) – den Millennium-Entwicklungszielen – orientieren. Eine Strategie ist erforderlich, wie die Ziele bis 2015 zu erreichen sind. Die Schwierigkeiten wie die Chancen liegen natürlich im Detail.

Im PRSP Bangladeschs wird die Notwendigkeit betont, die soziale Entwicklung der Menschen zu fördern. Dabei konzentriert sich das PRSP auf eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Armen und Ärmsten zugute kommen soll. Wie soll diese Politik aussehen?

Sand im Getriebe des Privatsektors

Wirtschaftliches Wachstum ist erforderlich, das auf die Bedürfnisse der Armen ausgerichtet ist. Dem Privatsektor wird hierbei die Rolle des Motors zugesprochen. Bis auf wenige Gebiete – etwa die Landesverteidigung oder das Drucken von Banknoten – wurden Beschränkungen für privates Engagement abgeschafft. Behauptet wird, dass der Privatsektor die anstehenden Aufgaben schneller, zielgruppengerechter und effizienter lösen könne. Dies mag für einige Sektoren – wie Infrastruktur oder Telekommunikation – auch zutreffen. In den Bereichen Bildung oder Gesundheit ist jedoch zu bezweifeln, dass die Privatisierung den Armen dient. Bangladesch hat seine Ausgaben in diesen Sektoren zwar ausgeweitet, qualitative Bildung wird jedoch lediglich in privaten Institutionen garantiert. Die Ärmsten haben hier keinen Zugang. Bangladesch müsste seine öffentlichen Ausgaben ausweiten, um den Bedürfnissen der Armen gerecht zu werden.

Das Steueraufkommen

Um diese öffentlichen Ausgaben tätigen zu können, bedarf es eines höheren Steueraufkommens. Bangladeschs Steueraufkommen von knapp zehn Prozent des Volkseinkommens ist zu niedrig, um die Ausgaben zur Erreichung der MDGs decken zu können. Die so oft gepriesenen makroökonomischen Rahmenbedingungen schreiben vor, die öffentlichen Ausgaben so weit wie möglich zu verringern. Hier liegt die Annahme zu Grunde, dass niedrige Steuersätze und Deregulierung einen Anreiz geben, Privatinvestitionen zu tätigen und somit Wachstum zu erzeugen, was wiederum zur einer Verminderung der Armut führt. Die Realität sieht jedoch anders aus. Erst umfangreiche staatliche Ausgaben für die

Bereiche ländliche Infrastruktur, Gesundheit oder Grundbildung haben in anderen Ländern den Privatsektor dazu gebracht, Investitionen zu tätigen. Die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben war und ist ausschlaggebend für die Armutsverminderung in China oder Vietnam. Das PRSP Bangladeschs betont die Notwendigkeit, die öffentlichen Ausgaben sinnvoller zu nutzen. Überlegungen werden nicht angestellt, die Steuereinnahmen durch die Anzahl der Steuerpflichtigen und einen gerechten progressiven Einkommensteuertarif auszuweiten. Indem sich die Regierung auf den Privatsektor verlässt und erwartet, dass dieser qualitative Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen für die Armen zur Verfügung stellt, entledigt sie sich ihrer Verantwortung.

Eine staatliche Einnahmen-Politik wäre notwendig, die ausreichend finanzielle Ressourcen erzeugt, um Ausgaben tätigen zu können, die auf die Bedürfnisse der Armen zugeschnitten sind. Vor allem die unzähligen Steuererleichterungen und Steuerschlupflöcher gilt es zu schließen.

Abbau der Ungleichheit als Voraussetzung für Wachstum

Wachstum soll zu Armutsminderung führen. Auch nachdem die Strukturanpassungspolitik in Bangladesch nicht die notwendigen Erfolge gebracht hat, schlägt das PRSP keine wirklichen Alternativen vor, um Wachstum zu schaffen, welches die Armut spürbar vermindert. Es müsste eine Strategie erkennbar sein, die dazu führt, dass die Armen selber zum Motor des Wachstumsprozesses werden. Dafür müssen jedoch bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten abgebaut werden. Das PRSP erkennt an, dass neben wirtschaftlichem Wachstum eine Politik betrieben werden muss, welche die Verteilung der Produktionsfaktoren Land, Kapital und Arbeit zugunsten der Armen zum Inhalt hat. Dazu gehöre die Einführung eines Pachtsystems, welches auf die Bedürfnisse und Kapazitäten der Armen zugeschnitten ist. Außerdem müsse staatliches Land in einem größeren Umfang an Landlose verteilt werden. Dadurch könnten mehr als 1,2 Millionen Menschen ein eigenes Einkommen erzielen. Bis 2002 wurden lediglich 26 Prozent des staatseigenen Lands an Landlose verteilt.

Landverteilung

Diese Ansätze sind zu begrüßen. Um sie durchzusetzen, muss die Benachteiligung der Armen abgeschafft werden. Ziel muss es sein, angemessene Sanktionsmechanismen durchzusetzen, die nicht durch politische oder verwandtschaftliche Beziehungen außer Kraft gesetzt werden. Dazu gehört sowohl die Bestrafung gesetzeswidriger Aneignung von staatlichem Land durch lokale Eliten als auch die Abschaffung ausbeuterischer Pachtverhältnisse zwischen Pächter und Landeigentümer.

Wachstum – für wen?

Das Problem besteht darin, dass nicht gesagt wird, wie diese Ansätze umgesetzt werden sollen – obwohl es sich ausdrücklich um ein Strategiepapier handelt. Das PRSP betont, dass das erste Millenniumsziel „Halbierung der Einkommensarmut“ nicht erreicht wird, wenn sich der gegenwärtige Trend fortsetzt. Momentan vermindert sich die Einkommensarmut jährlich um 1,6 Prozent. Sie müsste aber jährlich um 3,3 Prozent verringert werden, um den Anteil der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, bis 2015 zu halbieren. Dafür bedürfe es jedoch eines jährlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukt von 7 Prozent. Die vorhergesagte Wachstumsrate für das kommende Haushaltsjahr liegt jedoch lediglich bei 5 Prozent. Wachstum alleine ist nicht die Antwort. Nur wenn die Armen am Wachstum teilhaben, kann das Wirtschaftswachstum die Armut spürbar verringern.

Die Gefahr der Millenniums-Indikatoren

Die Millenniums-Entwicklungsziele als Richtlinie zur Verminderung der Armut machen Sinn und sind erstrebenswert. Jedoch dürfen Bangladeschs nationale Bemühungen, wie sie im PRSP zum Ausdruck kommen, nicht den Spielraum einengen. Die MDGs verleiten dazu, eine „Politik der Statistiken“ zu betreiben, ohne jedoch nachhaltige und strukturelle Verbesserungen einzuführen.

Dirk Saam ist Diplom-Volkswirt. Von Dezember 2003 bis Dezember 2004 leistete er mit NETZ einen Freiwilligendienst in Bangladesch.

Die weiteren Inhalte dieser NETZ-Ausgabe:

Politik & Gesellschaft

- | | | |
|----|---------------------------------|--------------------------|
| 25 | Meldungen | Niko Richter / Dirk Saam |
| 26 | Politische Krise in Bangladesch | Oliver Wagener |
| 27 | Wahlstation Dhaka | Stephan Schill |

Bangladeschis in Deutschland

- | | | |
|----|-------------------------|------------------|
| 28 | Muhammad Ibrahim Khalil | Barbara DasGupta |
|----|-------------------------|------------------|

NETZ aktiv

- | | | |
|----|------------------------------|------------------------------|
| 29 | Meldungen | Niko Richter / Peter Dietzel |
| 31 | Keine Reise – eine Erfahrung | Kathrin Böhme |

Musik

- | | | |
|----|-----------------------------------|----------------|
| 32 | Rockmusik mit bengalischen Texten | Klaus Salzmann |
|----|-----------------------------------|----------------|

Literatur

- | | | |
|----|------------------------------------|--------------------|
| 33 | Die Fischer vom Padma | Patrizia Heidegger |
| 34 | Heiligenfeste und mystische Lieder | Hans Harder |

**Die Ausgabe 3/2004 der Zeitschrift NETZ ist am 1. Dezember 2004 erschienen. Das Heft kann für 5,- Euro bestellt werden bei der Redaktion:
NETZ, Moritz-Hensoldt-Str. 20, 35576 Wetzlar, netz@bangladesch.org**